

Streetart-Aktion zum Thema Kobaltabbau

DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

Die Demokratische Republik Kongo ist der flächenmäßig zweitgrößte Staat Afrikas und eines der ressourcenreichsten Länder der Welt. Die sehr junge Bevölkerung des Landes profitiert bisher allerdings kaum von dem natürlichen Reichtum ihres Landes. Jahrzehntelange Misswirtschaft unter dem Präsidenten Mobutu Sese Seko in Verbindung mit regionalen Dynamiken und nie gelösten Konflikten aus der Kolonialzeit führten schließlich ab 1996 zu zwei verheerenden Kriegen mit insgesamt mehreren Millionen Toten. Diese konnten erst durch einen Friedensvertrag Ende 2002 und freien, demokratischen Wahlen im Jahre 2006 formell beendet werden. Dennoch blieb vor allem im Osten des Landes die Sicherheitslage weiterhin instabil. Trotz der Entsendung der größten und teuersten UN-Friedensmission der Welt operieren bis heute über 100 bewaffnete Gruppen innerhalb des Staatsgebiets. Unter anderem der Zugang zu bestimmten Ressourcen heizt dabei die Konflikte immer wieder an.

UNSERE FORDERUNGEN

AMNESTY INTERNATIONAL fordert von allen Akteuren, die in die Kobaltlieferkette involviert sind, Verantwortung zu übernehmen:

- Staaten weltweit müssen gesetzliche Regelungen auf den Weg bringen, die Unternehmen dazu verpflichten, ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in ihren Lieferketten nachzukommen und ihre Praktiken offenzulegen.
- Unternehmen müssen ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht entlang der ganzen Kobaltlieferkette in konkrete Maßnahmen umsetzen und diese transparent machen.
- Die Regierung der DR Kongo muss gefährliche Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit im handwerklichen Kleinbergbau angehen und ihre öffentliche Zusage, Kinderarbeit bis zum Jahr 2025 zu beenden, einhalten



AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
 Koordinationsgruppe DR Kongo & Uganda
 Zinnowitzerstraße 8 · 10115 Berlin
 E: info@amnesty-drkongo.de · W: zentral-ostafrika.amnesty-international.de

SPENDENKONTO 80 90 100 · Bank für Sozialwirtschaft · BLZ 370 205 00
 IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 · BIC: BFS WDE 33XXX

© Amnesty International, Koordinationsgruppe DR Kongo & Uganda,
 März 2019, V.i.S.d.P. Antonia Klein



TIME TO RECHARGE

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN
 BEIM KOBALTTABBAU IN DER
 DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO

AMNESTY
 INTERNATIONAL



KOBALT IN UNSEREM ALLTAG

Täglich benutzen wir Handys, Laptops, Elektroautos und andere Geräte, die mit Lithium-Ionen-Akkus betrieben werden. Ein Kernbestandteil dieser Akkus ist Kobalt. Nicht zuletzt durch das steigende Interesse an Elektroautos wächst der weltweite Bedarf in den letzten Jahren rapide.

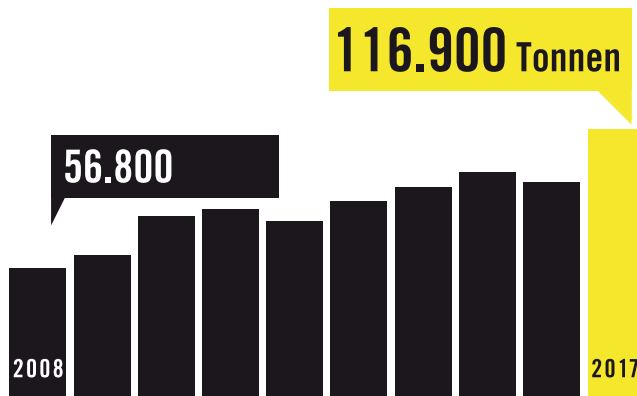


Mehr als die Hälfte des weltweit abgebauten Kobalts stammt der Demokratischen Republik Kongo, wo Kobalterz nicht nur im industriellen Maßstab gefördert, sondern häufig auch im handwerklichen Kleinbergbau

gewonnen wird. Erwachsene, aber auch Kinder schon ab einem Alter von sieben Jahren, bauen dort unter gefährlichen und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen Kobalterz ab. Sie verrichten schwere körperliche Arbeit ohne Schutz vor giftigem Kobaltstaub und riskieren in selbstgegrabenen Tunneln ihr Leben.

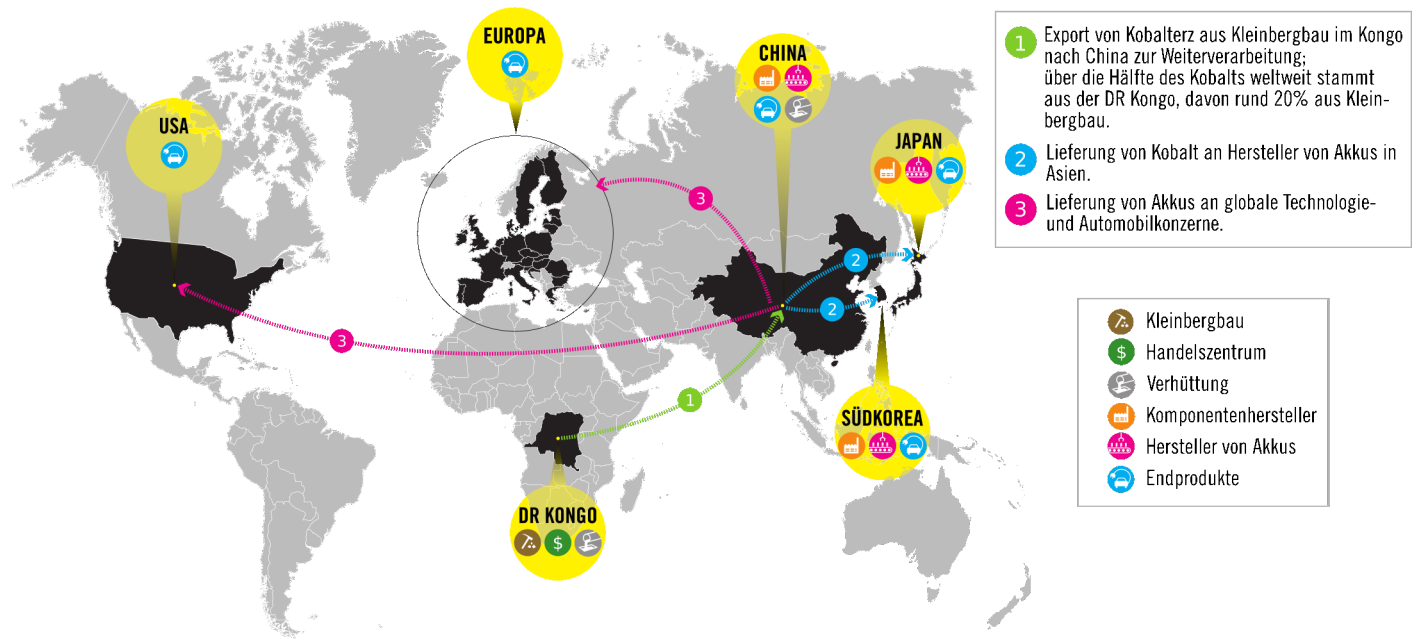
Dies wurde erstmals 2016 von Amnesty International und Afrewatch in ihrem gemeinsamen Bericht *This is what we die for* dokumentiert. In ihm wurde zudem die Kobaltlieferkette von der Erzförderung bis zum Endprodukt untersucht. Er kam zu dem Ergebnis, dass führende Elektronik- und Fahrzeughersteller ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nicht oder nur mangelhaft nachkommen und nicht sicherstellen, dass sich in ihren Produkten kein Kobalt befindet, das unter gefährlichen Bedingungen abgebaut wurde.

STEIGENDER KOBALTBEDARF AUF DEM WELTMARKT



Weltweit abgebaute Kobaltmenge zwischen 2008 und 2017

VON DER ERZFÖRDERUNG AUF DEN WELTMARKT



MENSCHENRECHTLICHE SORGFALTPFLICHT VON UNTERNEHMEN

Im November 2017 veröffentlichte Amnesty International einen neuen Bericht mit dem Titel *Time to Recharge*. Dieser bewertete 29 multinationale Konzerne hinsichtlich der Transparenz und Menschenrechtskonformität ihrer Kobaltlieferketten. Untersucht wurden Unternehmen von der Erzbeschaffung und -verhüttung über die Hersteller von Akkuteilen und Akkus bis hin zu den Produzenten von elektronischen Geräten oder Elektroautos, die diese Akkus einbauen. Es gibt durchaus gute Neuigkeiten: Mehr Unternehmen untersuchen heute ihre Kobaltlieferkette und weitere erkennen an, dass es ernsthafte Probleme gibt, die nicht länger ignoriert werden können. Während manche Unternehmen positive Entwicklungen vorweisen konnten, lagen andere weit zurück.

Gemäß internationaler Standards der Vereinten Nationen sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) trägt jedes Unternehmen Verantwortung für die Erfüllung seiner menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht entlang seiner gesamten Lieferkette. Dies gilt auch für den Weg

von Erzabbau im Kongo bis zum Akku im Elektroauto in Deutschland. Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht heißt, dass Unternehmen Risiken für die Menschenrechte identifizieren und Maßnahmen dagegen ergreifen müssen. Diese internationalen Richtlinien sind jedoch nicht rechtlich bindend. So untersuchte im Jahr 2017 kein einziges der 29 bewerteten Unternehmen seine Wertschöpfungs- und Lieferketten in angemessenem Umfang auf Menschenrechtsverletzungen und -risiken.

Obwohl Firmen, die Technologien für eine saubere Energiewende entwickeln, mit Nachhaltigkeit und nicht mit Menschenrechtsverletzungen assoziiert werden möchten, hat sich gezeigt, dass gesteigerte Sensibilität und Absichtserklärungen allein meist nicht zu Verbesserungen entlang der globalen Lieferkette geführt haben.

Daher fordert Amnesty International von Regierungen, verpflichtende Standards einzuführen, die alle Rohstoffe abdecken.